Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

135 (13.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 135 — Montag, den 13. Juni 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Am Sonntag empfing Reichspräsident von Hindenburg die süddeutschen Ministerpräsidenten zur Besprechung der politischen Lage.

•

Am Samstag kam es in den Reichsratsausschüssen angeblich zu heftiger Aussprache zwischen den Ländervertretern und dem Reichskanzler. Preußen setzte seine Beteiligung an der Ministerpräsidentenkonferenz durch.

•

Vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat gab Reichskanzler von Papen in einer Ansprache die grundsätzliche neue Richtung der Staatsführung und die Auffassung des neuen Kabinetts von den sozialen Pflichten bekannt.

•

Reichsernährungsminister von Braun zeigte die Ziele der neuen Agrar- und Siedlungspolitik.

•

In Pariser politischen Kreisen verlautet, daß man sich in der Unterredung Herriot-Macdonald auf eine Teillösung für Lausanne geeinigt habe, die dahin gehe, das Hoover-Moratorium vorläufig bis Dezember zu verlängern und während dieser Zeit einen Prüfungsausschuß zur endgültigen Regelung der Reparationen einzusetzen. Die englische Presse bereitet die Oeffentlichkeit schon auf eine Lausanner Kompromißlösung vor.

•

Präsident Hoover will am amerikanischen Haushalt trotz der neuen Steuer- und Sparvorlagen einen weiteren Abbau von 200 Millionen Dollar vornehmen.

•

Die deutsche Fernfliegerin Elly Beinhorn hat auf ihrem Südamerikaflug Chile erreicht und ist von Lima kommend nach Zurücklegung von 1200 Kilometern ohne Zwischenlandung in Arica gelandet.

*

Der Berliner Tempelhof-Flugplatz stand am Sonntag im Zeichen einer großen internationalen Flugveranstaltung, der etwas 2—300 000 beiwohnten.

*

Bei einem Schaufliegen in Insterburg stürzte ein Flugzeug ab. Die beiden Insassen wurden getötet.

Die künftige Agrarpolitik

Festsitzung des Deutschen Landwirtschaftsrates

Ansprachen des Reichskanzlers und des Reichsernährungsministers

Berlin, 11. Juni. Der Deutsche Landwirtschaftsrat war am Samstag zu seiner Vollversammlung zusammengetreten, in der er gleichzeitig sein 60jähriges Bestehen feiert. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden Dr. Dr. h. c. Brandes, der Reichskanzler von Papen, den Reichsminister des Innern Freiherrn von Gayl, den Reichsernährungsminister Dr. Freiherr von Braun, den Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold, sowie zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und Mitglieder der Parlamente begrüßte, nahm der **Reichskanzler** zu einer Ansprache das Wort.

Rede des Reichskanzlers

In einer der entscheidungsvollsten Stunden der Nachkriegsentwicklung hat der Herr Reichspräsident mich zu dem neuen Amt berufen, und ich lege Wert darauf zu betonen, daß die Bildung der neuen Regierung wenig zu tun hat mit dem gewohnten üblichen Wechsel parlamentarischer Kabinette, sondern daß es sich hier um die **Dokumentierung einer grundsätzlich neuen Richtung der Staatsführung** — selbstverständlich im Rahmen der Reichsverfassung handelt.

Die unerhörte geistige und materielle Lage des deutschen Volkes verlangt eine Loslösung der Regierungsführung aus den Fesseln parteipolitischen Denkens und parteipolitischer Doktrinen. Sie verlangt **eine Zusammenfassung aller Kräfte zur Wiedergeburt Deutschlands.** Die Gesamtlage, welche die Regierung vorfindet, — das ist, ich stelle es ausdrücklich fest, nicht die Schuld der letzten Regierung, die bemüht gewesen ist, eine klare Bilanz zu ziehen — ist auf allen Gebieten fast verzweifelt. Die private Wirtschaft jeder Art ist in einem Ausmaß zerstört, dessen Furchtbarkeit noch nicht entfernt erkannt ist. Die Wiederherstellung aber der wirtschaftlichen, finanziellen und nicht zuletzt der politischen Ordnung erfordert von der neuen Regierung ein sofortiges Anfassen der grundlegenden Probleme, deren Lösung, allen Volkskreisen zugleich, schwere persönliche Opfer, Entsagungen und Entbehrungen auferlegen wird.

Diese Opfer sind nicht vertretbar, wenn es nicht gelingt, die dem deutschen Volke innewohnende ungeheure moralische Kraft sachkundig auf das eine große gemeinsame Ziel zu lenken: **die Wiedergewinnung der inneren und äußeren Freiheit und die Lebensmöglichkeit von Volk und Land.**

Demgemäß wird das Ziel dieser Regierung sein, **eine neue, einheitliche Willensbildung der Nation herbeizuführen. Die Regierung ist der Ansicht, daß der neue Reichstag eine eindeutige Mehrheit für die Politik geistig-sittlicher Gesundung, wirtschaftlicher Neuordnung auf christlicher, nationaler und sozialer Grundlage erbringen muß.**

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhange ein Wort über die Auffassung **der neuen Reichsregierung von ihren sozialen Pflichten** sagen: Eine der unerfreulichsten Arten, das Ziel der neuen Regierung zu verfälschen, ist die Unterstellung, daß ihre Haltung unsozial sei. Wir sind der Ansicht, daß es versäumt worden ist, den **Aufbau eines rein staatlichen Versicherungsschutzes seinem Umfange nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen,** die ein so verarmtes, wirtschaftlich darniederliegendes Land im Augenblick noch hat. Es ist aber auch ein grundlegender Irrtum, daß der unpersönliche Staat an die Stelle der persönlichen Verpflichtung des Arbeitgebers treten könne. Die Verantwortlichkeiten, die aus der gottgewollten organischen Regelung der Dinge erwachsen, müssen wieder aufgerichtet, die Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt werden. Gewiß hat angesichts der Größe und des Umfanges der Notlage unseres Volkes auch der Staat klare Verpflichtungen zu sozialer Hilfe, und die Regierung wird es als ihre vornehmste und ernsteste Pflicht betrachten, die dahingehenden Einrichtungen den notleidenden Volksgenossen auch über diese Krise hinweg zu erhalten. **Darüber hinaus aber sieht sie den besten Weg sozialer Fürsorge in dem Bestreben, alles zu tun, um durch einen organischen Umbau der Wirtschaft die Fehler des kapitalistischen Systems auszumerzen und den Volksgenossen Arbeit und Brot zu verschaffen.**

Wir sind mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat einig in der Auffassung, daß **eine gesunde Landwirtschaft und die Liebe zur Scholle die Vorbedingung nicht nur der materiellen Ernährung, sondern mehr noch der geistigen Erneuerung des Landes sind.** Eine gesunde Landwirtschaft aber ist auch ein dringendes nationales Erfordernis. Einmal gilt es, das letzte herzugeben, um **Deutschlands heimische Ernährungsbasis zu erhalten,** darüber hinaus aber verlangt die Lage in den Grenzgebieten Maßnahmen, die der **Stärkung des nationalen Selbstbehauptungswillens** dienen. Eine **starke zielbewußte Agrarpolitik** ist das Fundament jeder gesunden Entwicklung, die in sorgsamer Abwägung der Interessen auch der anderen Berufsstände der Gesamtheit der deutschen Wirtschaft gerecht wird.

•

Rede des Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, entwickelte die **Grundzüge der künftigen Agrarpolitik** der Reichsregierung. Einleitend betonte er, daß sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts mit ihm die gleiche Einstellung der deutschen Landwirtschaft gegenüber hätten. Die Notlage in der Landwirtschaft, sagte der Minister, sei allgemein. Nach der neuesten Verschuldungserhebung der Rentenbankkreditanstalt seien **mehr als 12 Millionen Morgen landwirtschaftliche Nutzfläche zu mehr als 100 Prozent des Einheitswertes verschuldet.** Seit zwei Jahren sei zu beobachten, daß in Westdeutschland, wo die bäuerliche Struktur durchweg vorherrscht, die Verschuldung schneller zunimmt als im Osten. Nach den Buchführungsergebnissen des Deutschen Landwirtschaftsrates sei nur noch etwa ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe in der Lage, die Zinsen aus den Reinerträgen zu bezahlen.

Wesentlich für die Ursachen der Verlustwirtschaft in der ganzen Nachkriegszeit sei das **Mißverhältnis zwischen den Produktionskosten und den Einnahmen.** Die Preisschere habe sich in den letzten Jahren zwar etwas verringert, jedoch wirke sie auch in ihrer jetzigen Höhe noch für die Landwirtschaft vernichtend. Eines der Ziele der Agrarpolitik müsse die Schließung dieser Preisschere sein.

Auf den Märkten für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mache sich aber durchweg die Verarmung unserer Bevölkerung bemerkbar. Infolge der **Kaufkraftverringerung** hätten wir zu verzeichnen eine Bedarfsminderung bei Weizen um mindestens 10 Prozent, bei Milch um etwa 10 Prozent, bei Butter um 5 Prozent, bei Zucker um 13 bis 18 Prozent, bei Bier um 40 Prozent und bei Branntwein um 75 Prozent. Beim Fleisch konnte ein Konsumrückgang nur durch den ungeheuren Tiefstand der Fleischpreise vermieden werden. Somit werde das Arbeitslosenproblem in hohem Maße auch ein agrarisches Problem — eine Absatzfrage.

Der Minister ging sodann auf das **Problem der Autarkie** ein und erklärte, daß selbstverständlich keine Rede davon sein könne, uns völlig von der Welt loslösen. Die Autarkie sei kein Ziel, sie sei Schicksal. Die **alten Methoden der Handelspolitik** würden bei der völlig veränderten Struktur der Weltwirtschaft unseren Interessen nicht mehr gerecht.

Der Minister skizzierte dann die Probleme, die besonders vordringlich behandelt werden müssen. Auf dem **Getreidegebiet** müsse für eine auskömmliche Verwertung der kommenden Getreideernte durch das Zusammenwirken von handelspolitischen und finanzpolitischen Maßnahmen gesorgt werden. In aller Kürze werde er auf diesem Gebiete die nötige Klarheit schaffen. Auf den Märkten der **Veredelungsprodukte** sei die Lage katastrophal. Die Reichsregierung müsse daher der gesamten Veredelungsproduktion ihr besonderes Augenmerk schenken, da es sich hier um eine Existenzfrage für den deutschen Bauern handelt. In der **Kartoffelfrage** wird der erhöhten technischen Verwertung, wobei der Minister auch die Treibstoffrage erwähnte, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden sein. Beim **Zucker** müsse wenigstens dem verminderten Rübenanbau ein angemessener Preis gesichert bleiben. Auf dem Gebiete des Gemüse-, Obst- und Weinbaues sei eine Besserung der Lage nur durch Aenderung der bisherigen Handelsvertragspolitik und von der Einsicht der Verbraucher zu erwarten, die endlich einmal deutschen Erzeugnissen den Vorzug geben sollten. Schwerste Sorge bereite der Reichsregierung die Lage der deutschen **Forst- und Holzwirtschaft.** Hier sei dringend Abhilfe geboten. Eine auf **zollpolitischem Gebiet liegende Maßnahme werde in den allernächsten Tagen veröffentlicht werden.** Im Rahmen der allgemeinen Maßnahmen werde die Hilfsaktion für den Osten in beschleunigtem Tempo fortgesetzt werden.

Bezüglich der **Siedlung** erklärte der Minister, daß er die Ansiedlung deutscher Bauern im Osten aus nationalpolitischen, wirtschaftlichen und menschlichen Gründen als eine der dringendsten Aufgaben von Reich und Staat ansehe.

*

Entschließung des Deutschen Landwirtschaftsrats

Berlin, 12. Juni. In der Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates wurden **zwei Resolutionen** angenommen. In der einen wird die Aufrechterhaltung der Sperre bezw. **Ueberwachung der Einfuhr aus Frankreich** wegen der der deutschen Kartoffelwirtschaft drohenden Gefahr durch den Kartoffelkäfer gefordert, die zweite befaßt sich mit der organisatorischen Umstellung der gesamten Erwerbslosenfürsorge in ein **einheitliches Fürsorgesystem.** Mit den Reformen für die Arbeitslosenbetreuung müsse eine beschleunigte und planmäßige Verminderung der Arbeitslosenzahl durch Einbeziehung insbesondere jugendlicher Arbeitsloser in eine **neu zu schaffende Arbeitspflicht-Organisation** verbunden werden. Der Ständige Ausschuß des Deutschen Landwirtschaftsrats hat eine Entschließung angenommen, die eine **erneute Prüfung der Düngemittelpreise** durch die zuständigen Stellen mit dem Ziele einer Preissenkung verlangt.

Deutschland hält am Goldstandard fest

Berlin, 12. Juni. Auf der Tagung des Langnamvereins in Hagen (Westfalen) hatte Reichsbankpräsident Dr. Luther einen Vortrag über die Probleme der deutschen Reichsbankpolitik gehalten, dessen Inhalt der Oeffentlichkeit nicht bekanntgegeben wurde. Der Deutsche Handelsdienst ist in der Lage, die wesentlichen Punkte des Vortrages wiederzugeben. Dr. Luther befaßte sich in seiner Rede mit sämtlichen im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen stehenden Problemen und Vorschlägen zur deutschen Währungs- und Kreditpolitik. Er führte u. a. aus:

Auch gegenüber Fragen der Kreditausweitung müsse es Grundregel der Notenbank bleiben, den Parallelismus der Waren- und Geldseite der Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Das gehamsterte Geld müsse man mitzählen, da es in jedem Augenblick in den Umlauf zurückkehren und bei großen Beträgen Einfluß auf die Warenseite ausüben könne. Die Reichsbank könne sich nicht einseitig auf bestimmte Risiken festlegen, und es wäre darum auch verkehrt, wenn sie ihrerseits ein Kreditausweitungsprogramm aufstellen würde.

Bei der Frage der **Deckung der Währung** bekämpfte Dr. Luther den Irrtum, daß die Deckung der Währung der wesentliche Punkt sei. Dr. Luther trat energisch dafür ein, **daß das Gold der einzige internationale Wertmaßstab bleiben müsse.** Ein besseres Mittel sei bisher nicht gefunden worden. Die jetzt häufig vorkommenden Clearing-Abkommen bildeten nur einen schlechten Ersatz des bisherigen, mit Hilfe des Goldes vorgenommenen General-Clearings. Die gegenwärtigen Devisensperren und Stillhalteabkommen seien nur vorübergehende Notmaßnahmen. Man werde auch in Zukunft des Goldes als Mittel, das transportable Werte schaffe, die international zum Ausgleich verwandt werden können, nicht entraten können. Die Goldproduktion habe sich im großen Ganzen mit der Entwicklung der Warenerzeugung im Einklang bewegt.

Eine **Hypothekenwährung** lehnte Dr. Luther ab, weil sie beliebig vermehrbar sei. Eine **Weltindexwährung** sei wohl theoretisch denkbar aber praktisch undurchführbar. Die Mittel, die die Vereinigten Staaten von Nordamerika auf dem Gebiete der Währungs- und Kreditpolitik bisher angewandt hätten, seien nicht in der Lage gewesen, die Wirtschaft wieder in Bewegung zu bringen. Bei der Besprechung der Diskontpolitik der Reichsbank wies er dann darauf hin, daß zu einer Ankurbelung der Wirtschaft die Zinssenkung in Deutschland bisher leider nicht geführt habe.

Zur **Moratoriumsfrage** führte Dr. Luther aus: Durch die Schaffung einer Zahlungspause habe man davon absehen können, ein Moratorium zu verkünden, dem es an einer geistigen Vorbereitung des Auslandes gefehlt hätte. Man hätte also mit einer viel größeren Gefahr rechnen müssen, als wenn man später zu einem Moratorium übergehen würde. Man müsse die **Linie des ehrbaren Kaufmanns so lange wie möglich einhalten.** Dann würde auch ein Moratorium, zu dem es sehr bald kommen könne, wenn der Ueberschuß in der deutschen Handels- und allgemeinen Leistungsbilanz immer geringer wird, von der ganzen Welt anerkannt werden und nicht die früher gefürchteten Gegenmaßnahmen auslösen.

Die Einführung einer Binnenwährung lehnte Dr. Luther ab unter Hinweis auf die Entwicklung in Rußland. Binnenwährung sei identisch mit Außenhandelsmonopol. Der Außenhandel sei zwar zu pflegen, das könne aber nicht vermittels eines bürokratisch gehandhabten Außenhandelsmonopols geschehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die süddeutschen Ministerpräsidenten bei Hindenburg

Der Empfang der südwestdeutschen Länderchefs

Berlin, 12. Juni. Der Herr Reichspräsident empfing am Sonntag in Gegenwart des Reichskanzlers von Papen den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, den württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz und den badischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt zu einer eingehenden gemeinsamen Besprechung der politischen Lage. Die Aussprache berührte das Verhältnis des Reiches zu den Ländern, den Finanzausgleich, die Wirtschaftspolitik und eine Reihe von innerpolitischen Fragen.

*

Die Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats

Berlin, 12. Juni. Die Reichsregierung gab in der Sitzung der Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats **Auskunft über den Haushaltsplan des Reiches** und über die Grundzüge der von ihr **geplanten Notverordnungen** zur Sicherstellung von Reich, Ländern und Gemeinden sowie zur Rettung der Sozialversicherung.

Der Reichsminister der Finanzen und der Reichsarbeitsminister erläuterten und begründeten die Absichten der Reichsregierung. Im Anschluß an diese Ausführungen fand eine eingehende Aussprache statt, in der die Vertreter der Länder ihre Stellungnahme darlegten.

*

Aussprache zwischen Ländern und Reich

Anfängliche Zuspitzung — Der Kanzler beschwichtigt

Berlin, 12. Juni. In den Verhandlungen zwischen den maßgebenden Vertretern von Reich und Ländern am Samstag sind von den Ländern, namentlich von den süddeutschen und an ihrer Spitze Bayern, sehr deutlich die Ansichten vorgetragen worden, die sich aus süddeutschen Blättern bereits in den letzten Tagen entnehmen ließen. Auf diese Zuspitzung war auch die Unterbrechung der Sitzung der Vereinigten Reichsratsausschüsse zurückzuführen, die der bayerische **Ministerpräsident Dr. Held** nach der einführenden Rede des Reichskanzlers beantragt hatte, damit sich Kanzler und Reichsinnenminister auf der einen und die Ministerpräsidenten auf der anderen Seite zunächst einmal in einem engeren Kreise aussprechen konnten. Schon die Tatsache, daß sich die Verhandlungen bis zum Abend hinzogen, läßt darauf schließen, daß die Ländervertreter ausgiebig von der Gelegenheit Gebrauch gemacht haben, den maßgebenden Instanzen des Reiches ihren Standpunkt darzulegen. In den Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, wird hierzu erklärt, daß der Kanzler zu allen aktuellen Fragen in aller Ruhe und Sachlichkeit die Auffassung der Reichsregierung entwickelt habe und zwar zu all den Dingen, die in der Notverordnung enthalten sein werden und besonders wohl über die Fragen der Aufhebung des SA.- und des Uniformverbotes, der Reichsreform und der Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen. Gerade zu dieser Angelegenheit dürfte der Kanzler den Ländervertretern auseinandergesetzt haben, daß die Absichten der Reichsregierung selbst gar nicht auf eine solche, sondern auf die normale Lösung im Wege einer ordentlichen Regierungsneubildung gerichtet sind.

In Kreisen der Reichsregierung ist man denn wohl auch der Auffassung, daß die Verhandlungen, die naturgemäß zu Anfang einen etwas zugespitzten Charakter haben mußten, dazu beigetragen haben, **eine ruhigere Auffassung der Lage anzubahnen.** In diesem Sinne erwartet man auch von dem Empfang der süddeutschen Minister- und Staatspräsidenten beim Reichspräsidenten eine weitere Entspannung.

*

Das Ergebnis der Besprechungen

Berlin, 12. Juni. Die Besprechung zwischen den Chefs der süddeutschen Länder und dem Reichspräsidenten dauerte fast fünf Viertelstunden. Der Empfang beim Reichspräsidenten vollzog sich natürlich in der verbindlichen Form, die bei einer Aussprache mit dem Reichspräsidenten selbstverständlich ist. Was die Ländervertreter vorzutragen hatten, wurde trotzdem mit allem Freimut gesagt. Aber in Kreisen, die den Reichsstellen nahestehen, scheint man doch den Eindruck zu haben, daß die Minister- und Staatspräsidenten mit dem Bewußtsein der Gewißheit abfahren, daß der Reichskanzler nicht daran denkt, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Interessen der Länder zu beeinträchtigen und zu schädigen. Deshalb können auch die Vertreter der süddeutschen Regierungen das Gefühl mitnehmen, daß ihr Berliner Aufenthalt nicht umsonst war. **Die Beziehungen zwischen Reich und Ländern haben durch die Aussprachen der letzten beiden Tage wieder eine Basis bekommen, auf der sich die zukünftige Entwicklung aufbauen läßt.** Das ist auch dann erfreulich, wenn es, wie anzunehmen ist, nicht gelungen sein sollte, in einer so umstrittenen Frage wie der der Aufhebung des SA.-Verbots eine restlose Uebereinstimmung herbeizuführen. Diese Dinge sind ja auch weniger unter dem Gesichtswinkel Reich und Länder als unter dem der parlamentarisch-innerpolitischen Lagerung zu sehen. Das Wesentliche bleibt, daß in den Beziehungen zwischen Reich und Ländern die außerordentliche Schärfe stark abgemildert worden ist, die sie seit dem Wechsel in der Reichsregierung zunächst angenommen hatten.

Die Maßnahmen zur Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt

T.U. **Berlin,** 13. Juni. Die Notverordnung zum Ausgleich des Reichshaushalts wird, wie der Berliner „Montag" meldet, ähnliche Steuern bringen, wie sie das Kabinett Brüning vorgesehen hatte. Bei der Krisensteuer werde eine Neuregelung eintreten durch Streichung eines Teiles der Steuer und Einführung einer Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, die mit 1½ v. H. des Einkommens beginne und einen steigenden Tarif haben solle. Die Beamten würden zu einer gleichmäßigen Abgabe in Höhe von 1½ v. H. herangezogen werden. Bei der Umsatzsteuer werde vielleicht die Freigrenze von 5000 RM. aufgehoben werden, weil die seinerzeit dafür angenommene Voraussetzung einer Schaffung der landwirtschaftlichen Einheitssteuer sich nicht bewahrheitet habe. Die Verlängerung der Bürgersteuer werde sich kaum vermeiden lassen. Man spreche außerdem von der Einführung einer Salzsteuer. Die Vertreter der Länder hätten sogar von der Regierung Vollmachten für die Gemeinden zu einer noch weiteren Erhöhung der Bürgersteuer verlangt, was aber die Reichsregierung abgelehnt habe. Die Kürzung der Renten, die sich aus der Lage der Arbeitslosen ergebe, werde in abgemilderter Form gegenüber den Absichten des Kabinetts Brüning durchgeführt werden.

Eine neue Partei der Mitte

T.U. **Berlin,** 13. Juni. Am Dienstag findet nach einer Meldung des „Montag-Morgen" die entscheidende Sitzung über die Frage der Bildung einer neuen deutschen Partei der Mitte statt. An dieser Sitzung sollen Vertreter der Wirtschaftspartei, der Volkspartei, der Staatspartei und der Abg. Lindeiner-Wildau teilnehmen. Auch Vertreter des Hansabundes sollen sich an dieser Sitzung beteiligen. Der Hansabund habe sich in letzter Zeit sehr bemüht, eine Einigung der bürgerlichen Splittergruppen zu erreichen. Man hoffe, wenn es zu einer Einigung komme, als Führer der Partei Dr. Hugo Eckener gewinnen zu können, um damit zugleich der Partei eine Persönlichkeit mit einem populären Namen geben zu können. Zu den leitenden Geistern, die an Dr. Eckener herangetreten seien, gehört der Stuttgarter Industrielle Dr. Robert Bosch.

Der christlich-soziale Volksdienst bleibt selbständig

T.U. **Kassel,** 12. Juni. Die Reichsleitung und der Reichsvorstand des Christlichsozialen Volksdienstes traten am Samstag und Sonntag in Kassel zu einer Sitzung zusammen, um zur politischen Lage und zur kommenden Reichstagswahl Stellung zu nehmen. In einer eingehenden Sitzung der Reichsleitung wurde die Tagesordnung des Reichsvorstandes vorberaten. Die Reichsvorstandssitzung wurde am Sonntagvormittag durch den Vorsitzenden Reichstagsabgeordneten Simpfendörffer-Stuttgart mit kurzen Worten eingeleitet, in denen die Grundlagen und das Wesen des Volksdienstes hervorgehoben wurden. Wie parteiamtlich mitgeteilt wird, wurde einstimmig beschlossen, daß sich der Volksdienst völlig selbständig und unabhängig an den Reichstagswahlen beteiligen soll. Der Volksdienst werde in allen Wahlkreisen eigene Wahlvorschläge aufstellen.

Gregor Strasser in Friedberg

T.U. **Frankfurt a. M.,** 12. Juni. Am Sonntag nachmittag veranstaltete die N.S.D.A.P. eine große Kundgebung auf der Seewiese bei Friedberg (Hessen), wobei der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Strasser sprach. Nach einem 12jährigen Kampf gegen das Geld, gegen Internationalismus, gegen Rom und gegen die Anwärter der Staatsfutterkrippe, so führte er aus, stehe die Hitler-Bewegung auf der Vorstufe der Macht. Der Nationalsozialismus habe vor 1914 nicht bestanden und sei somit an den Fehlern des damaligen Systems ebenso unschuldig, als er jetzt keineswegs dessen Fortsetzung ist. Ueber die Lebensdauer des Uebergangskabinetts von Papen, mit dem der Nationalsozialismus nicht das Mindeste zu tun habe, werde am 31. Juli entschieden werden. Der Nationalsozialismus mit seinen Idealen, Ehre, Freiheit, Vaterland werde nicht allein durch Bejahung und Entwicklung der deutschen Seele eine grundlegende Veränderung der gesamten Ideenwelt von heute bringen, sondern auch eine Ankurbelung der Wirtschaft durch Arbeit. Staatsaufträge, Arbeitsdienstpflicht und Einfuhrsperre — damit das für den Import abwandernde Geld im Lande bleibe und arbeitsschaffend umlaufe.

Die Vorkonferenz in Paris

Macdonald und Stimson in Paris

Paris, 12. Juni. Am Samstag um 17.40 Uhr kamen auf dem Pariser Nordbahnhof der englische Premierminister Macdonald und der Staatssekretär des Aeußeren, Sir John Simon, mit dem fahrplanmäßigen Zug an. Sie wurden von Ministerpräsident Herriot, dem Minister für öffentliche Arbeiten, Daladier, und dem englischen Botschafter Lord Tyrell mit sämtlichen Mitgliedern der englischen Botschaft am Bahnhof empfangen. Als die beiden Autos, das erste mit dem englischen Premierminister Macdonald, seiner Tochter und Ministerpräsident Herriot, das zweite mit Sir John Simon und Minister Daladier besetzt, die Bahnhofsvorhalle verließen, kam es zu Sympathiekundgebungen der Menge. Die britischen Minister wohnen in der britischen Botschaft, wo zu ihren Ehren am Sonntag abend ein Essen veranstaltet wurde. Ministerpräsident Herriot hat die englischen Gäste zu Tisch geladen. Wie verlautet, werden beide Male nur französische und englische Minister sowie einige Mitglieder der britischen Botschaft, darunter selbstverständlich auch Lord Tyrell, an diesen Essen teilnehmen.

*

Eine Verlautbarung über die englisch-französischen Besprechungen in Paris

Pars, 12. Juni. Das französische Außenministerium hat eine Verlautbarung über die Verhandlungen ausgegeben, die am Sonntag vormittag am Quai d'Orsay zwischen Premierminister Macdonald, Außensekretär Sir John Simon, Ministerpräsident Herriot und Finanzminister Germain Martin stattgefunden haben. **„Die offiziösen und freundschaftlichen Besprechungen"**, heißt es, **„hätten eine Gemeinsamkeit der Auffassungen bewiesen, die es erlauben, eine gerechte und wirksame Lösung auf der Lausanner Konferenz sowie die Stärkung des Vertrauens und die Aufrechterhaltung des Friedens unter den Völkern vorauszusehen."**

Nach der Besprechung erklärte Ministerpräsident Herriot, zwar keine politische Mitteilung machen, aber doch sagen zu können, daß er von seinen Unterredungen mit den englischen Ministern sehr befriedigt sei.

*

Keine Endlösung in Lausanne

Amerikas Schlüsselstellung.

T.U. **Paris,** 12. Juni. Die Aussprache Macdonald-Herriot wird in politischen Kreisen lebhaft erörtert. Nach den bis jetzt vorliegenden Informationen scheinen die Engländer in der Reparationsfrage ihren bisherigen Standpunkt auf vollkommene Streichung verlassen zu haben. Macdonald soll jedoch den lebhaften Wunsch geäußert haben, Frankreich möge zuerst auf den Nettosaldo verzichten, um damit gegenüber Amerika eine Geste zu tun, die vielleicht zu einem gewissen Einsehen Amerikas in Bezug auf die interalliierten Schulden führen könnte. Einige Blätter glauben sogar zu wissen, daß sich England bereit erklärt habe, allen denjenigen Staaten, die Schulden zu erlassen, die ihrerseits auf die deutschen Tributzahlungen verzichteten. Da sich jedoch Frankreich aus nahe liegenden Gründen niemals zu einem derartigen Abkommen bereit erklären wird, arbeitet man im Augenblick — und das ist auch die Auffassung der großen Pariser Presse — auf eine andere Lösung hin, die in einer vorläufigen Verlängerung des Hoover-Moratoriums bis Dezember besteht. Während dieser Zeit soll ein besonderer Ausschuß damit beauftragt werden, diejenigen Mittel und Wege zu prüfen, die geeignet sind, entweder zu einem „System der endgültigen Regelung" oder aber zu einer vollkommenen Abschaffung der Reparationen zu führen. Man hofft auf diesem Wege gleichzeitig den Widerstand der Reichsregierung zu brechen, da die Türen für später offen geblieben seien. In der Abrüstungsfrage sind sich beide Teile darin einig, daß die Genfer Konferenz unbedingt zu irgendeinem greifbaren Ergebnis führen müsse, um das Vertrauen der Oeffentlichkeit wenigstens teilweise wiederherzustellen. Mit einem Rüstungsstillstand — man spricht von einer zehnjährigen Dauer — scheint man sich französischerseits einverstanden erklären zu wollen. Die englischen Pläne gehen jedoch noch weiter. Macdonald wünscht eine qualitative und quantative Abrüstung der französischen Streitkräfte.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[31

Mit glühendem Eifer bemühten sie sich, ihrem amerikanischen Gast alle Sehenswürdigkeiten und Schönheiten ihrer Heimat zu zeigen.

Viel Schönes gab es nun in Saint-Etienne nicht zu sehen. Es war eine verrußte Fabrikstadt mit Bergwerken, Stahlhütten und Fabrikschloten.

Aber man machte, wenn das Wetter es erlaubte, Autotouren in die weitere Umgebung, hatte viel Abwechslung.

Als besondere Attraktion galt das große Kostümfest, das einer der reichen Fabrikherren gab und zu dem Larmois mit seinen Söhnen und Gästen geladen war. Man hatte beschlossen, vollzählig auf dem Maskenball zu erscheinen.

Keiner sollte von dem anderen wissen, als was er auf dem Fest erscheinen wollte. Mit geheimnisvoller Geschäftigkeit wurde alles vorbereitet. Einzeln begaben sich die Bewohner von Schloß Malte in die Stadt.

Ein Trubel herrschte in dem großen, wundervoll geschmückten Saale — ein Durcheinander und Gewühl, wie man es von allen Maskenfesten her gewohnt ist.

Konfettiregen fiel auf die Tanzenden, Papierschlangen zogen sich von einem Lampion zum anderen. Saxophone ertönten, Geigen schwirrten ...

Zigeuner, Inder, Russen, Fischerinnen, Rosen, Veilchen und Pierretten tollten durch den Saal, jauchzend und strahlend.

Es war schon gegen zehn Uhr abends, als eine schlanke Frauengestalt im schwarzseidenen Domino den Festsaal betrat. Dort lehnte sie erst eine Weile an einer Säule und schaute mit suchendem Blick über die Masken hin.

Die Kapuze des Dominos war vom Kopfe geglitten und zeigte einen gut ondulierten Herrenschnitt und zwei kleine, rosige Ohren mit langem Ohrgehänge. Die untere Hälfte des Gesichts, die von der Halbmaske freigegeben war, ließ einen blaßroten Mund sehen, mit reizvoll und verführerisch geschwungenen Lippen.

Nervös spielten die Hände mit dem Fächer, während die Frau eifrig die Tanzenden absuchte. Sie sah nichts von den werbenden Blicken der Männer, hörte nicht die raunenden Worte, die sie immer wieder betrafen.

Plötzlich zuckte der Domino zusammen, ein lebhaftes Rot färbte das blasse Gesicht; die Hände legten sich wie beschwichtigend auf das klopfende Herz.

Wie festgebannt hingen die Blicke an einer gegenüberliegenden Loge, in der gerade zwei Herren im Frack, die Maske in der Hand, Platz genommen hatten.

Die gut aussehenden, eleganten Männer blieben nicht lange allein, alle möglichen weiblichen Masken gesellten sich zu ihnen — man schien sich glänzend zu unterhalten. Dann betraten zwei männliche Masken die Loge — es gab eine freudige Erkennungsszene. Vereint suchten dann die beiden Befrackten und die beiden männlichen Masken eifrig den Saal ab, um die Sucherei schließlich ergebnislos abbrechen zu müssen.

Die maskierten Herren verließen bald darauf die Loge, sich im Saal weiter dem Tanz und Flirt hinzugeben. Auch der eine der Herren verließ die Loge, am Arm einer hübschen Rokokodame. Der andere blieb allein zurück.

In diesem Augenblick kam Leben in den schwarzen Domino. Er verließ seinen Platz, ging langsam auf die Loge zu, blieb dort stehen.

George Frank sah plötzlich die schwarze, schlanke Frauengestalt. Das schien etwas für ihn zu sein.

„Komm herein, schöne Maske, setz' dich zu mir", sagte er leise.

Die Frau betrat die Loge, stand im nächsten Augenblick neben George.

Der hatte schon Sekt eingegossen — die beiden tranken sich zu. Die Frau streifte langsam den Domino ab, ehe George ihr helfen konnte.

Eine schmale, biegsame Gestalt kam zum Vorschein, im brokatenen Silberkleid. Die weißen Schultern leuchteten, der Ausschnitt ließ einen zarten, wundervollen Brustansatz sehen. Der tiefe Rückenausschnitt gab einen vollendet schönen Rücken frei.

George Frank regte sich nicht. Wie verzaubert starrte er auf die entzückende Frau. Sie kam ihm so bekannt vor in allen ihren Bewegungen — wo mochte sie schon seinen Weg gekreuzt haben?

„So in Gedanken, darling?" kam es jetzt leise von den Lippen der schönen Frau; schmeichelnd legte sich ihre Hand auf den Arm des Mannes.

George fuhr auf, sah prüfend auf das halb von der Maske bedeckte Gesicht, auf den Mund, der so zärtlich zu ihm gesprochen hatte.

„Wer bist du? Ich kenne dich nicht ... und doch kannst du mir nicht ganz fremd sein ... Wie heißt du?"

„Ich bin die Faschingsfee ...", antwortete die Maske geheimnisvoll.

Er wollte ihr die Maske lüften. Sie bog den Kopf zurück, drohte mit dem Finger.

„Oh, darling, wer wird so neugierig sein?! Man muß nicht fragen im Fasching, man muß die Stunden genießen, solange sie locken. Einmal im Jahre muß man alle Bedenken fallen lassen, muß toll sein und nur dem Augenblick leben ..."

„Du... du... wie reizend du bist... du Faschingsfee ..."

Zwei heiße Lippen erstickten seine Worte, fest preßte sich ein Mund auf den seinen.

Wie ein süßes Gift rann es durch Georges Glieder; berauscht erwiderte er den Kuß. Nicht lösen konnte er sich von den wundervollen, heißen Lippen, die sich an den seinen festsaugten, ihm den Atem raubten, ihn wehrlos machten.

Plötzlich kam ihm die Besinnung wieder. Mit einem Ruck faßte er die Maske, riß sie der Frau vom Gesicht.

„George, wie abscheulich ..."

„John ... John ... du?"

(Fortsetzung folgt.)

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg